

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung:
Graz, Ullathenergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis
19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Bismarckgasse Nr. 24.
Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5—10 Uhr abends Gasthaus
Kambrichter, IX., Dazarethgasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit
Name und Adresse gerichtet sein.

Graz Wien
Februar 1920
Nr. 8 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzuschlag wird
jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Streckenverkauf mit
15 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postzuschlag beträgt
S 1.40. Vierteljährliche Beleggebühr für Deutschland Mk. 80.
Die Bezugspreise sind im vorhin zu entnehmen. — Postsparkassen-
Konto Nr. 69471.

Die zweite Kohlenausgabe für die Arbeitslosen in Graz beschlossen!

Wiermalige Vorgesprachen bei der Landesregierung und beim Bürgermeister. —
Die Furcht vor Empörungsausbrüchen hat nachgetrieben. — Aber nur ein
sehr geringes Quantum kommt zur Ausgabe. — Der „Arbeiterwille“ will
den Anschein erwecken, daß die Sozialdemokratische Partei sich für eine zweite
Kohlenaktion eingesetzt hat.

Eine Stadtratssitzung, die am 18. Fe-
bruar stattfand, hat die neuerliche Ausgabe
von 50 und 100 Kilogramm Kohle an die
Arbeitslosen und Armenbettelten beschlossen.
Die Ausgabe soll in dieser Woche beginnen.
In den Provinzorten, wie z. B. in Gotts-
berg und vielen anderen Orten, wurde über-
haupt noch kein Brennmaterial an die Ar-
beitslosen abgegeben. Diese Gemeinden
sollten von den Arbeitslosen gezwungen
werden, Brennstoffzuschüsse zu geben. Wo
dieser Druck fehlt, dort wird auch nichts
getan. —

Was an dem Bericht des „Arbeiterwille“, daß
die S. P. sich für eine zweite Kohlenausgabe ein-
gesetzt hat, wahr ist, das können die Proletarier
aus Folgendem entnehmen:

Am 31. Jänner waren die Genossen Wagner,
Hsneißl und Friedl bereits bei der Landesregierung
und forderten, daß Land und Gemeinden eine zweite
Kohlenausgabe finanzieren. Hinteln kniff einer kon-
kreten Antwort aus, versprach, die Forderung der

Landesregierungsabteilung am 1. Februar vorzulegen,
worauf wir Antwort bekämen.

Am 30. Jänner waren die genannten Genossen
beim Bürgermeister Muchitsch, wurden aber nicht
vorgelesen. Der Sekretär sagte, „der Herr Bürger-
meister habe keine Zeit“. In einem Schreiben des
Bürgermeisteramtes an Genossen Hsneißl wurde
dann die Deputation aufgefordert, die Forderungen
schriftlich dem Stadtrat vorzulegen. Der Brief, den
wir absandten, war in Nr. 6 des „Mahnrufes“ ver-
öffentlicht.

Am 4. Februar bekam Gen. Wagner von der
Landesregierung den Bescheid, die Landesregierung
könne allein die Kosten einer Kohlenausgabe nicht
übernehmen, sie sei aber bereit, wenn die Gemeinden
eine Kohlenausgabe durchführen, Zuschüsse zu geben.
Auf die übrigen Forderungen wurde überhaupt keine
Antwort erteilt. Es verging eine Woche, nichts
rührte sich. In den Wohnungen der Arbeitslosen
friert das Wasser und die Speisen, viele an Grippe
Erkrankte haben nicht einmal einen warmen Raum,
die Kinder frieren. Fortsetzung auf der 2. Seite.

Heimwehrammärsche mit Polizeibegleitung.

Ein Schauspiel, das wert gewesen wäre von
allen Arbeitern und Arbeiterinnen gesehen zu werden,
hat sich am Sonntag Vormittag, den 10. Februar in
den Straßen von Graz abgespielt. Leider haben es
nur wenige gesehen, denn bei der sibirischen Kälte
leistete sich kein Proletarier den Luxus spazieren zu
gehen.

Die Heimwehfaschisten hatten an diesem Tag
mit kleinen Trupps von 20—30 Mann Propaganda-
umzüge veranstaltet. Aber wie? Die Grazer dienst-
freie Polizeimannschaft wurde von der Polizeidirektion
in den Dienst beordert und je 12 Polizisten
wurden einer Heimwehtruppe beigegeben. Drei Poli-
zisten vorne, sechs zu beiden Seiten; drei rückwärts
und zwei Kriminalbeamte. So marschieren die mit
Peitschen und Spaten ausgerüsteten Arbeitermord-
banden durch die Stadt.

Auffallend ist, daß diese Umzüge nicht verboten
wurden, während doch jede Versammlung auf freiem
Platz verboten wird, wenn sie von Arbeitern einberufen
wurde. Sollten Arbeiter versuchen, in geschlossenen
Trupps durch die Stadt zu marschieren: Bestrafung
würde angaloppieren und die Arbeiter auseinander-
treiben. Wenn die Arbeiter fragen würden, warum
haben wir nicht das Recht auf der Straße geschlossen
zu marschieren, so wird die Polizei, wenn sie nicht
gleich mit dem Summknüttel drängelt, antworten:
„Das ist Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und
Ruhe“.

Gefährdet die Heimwehr nicht die öffentliche
Sicherheit und Ruhe? Was war in Eggenberg,
was in Uggitt, was in Sloggnitz. Dort wurde das
Arbeiterheim demoliert. 25 Arbeiter wurden durch
Spatenhiebe schwer verwundet. Wurde in diesen
Fällen die Ruhe und Ordnung nicht gestört?

Wir lernen begreifen. Die Ruhe und Ordnung
ist dann gestört, wenn die Arbeiter gegen die Aus-
beuter demonstrieren, wenn Arbeitslose öffentlich Brenn-
stoff fordern, wenn Belegschaften um einen besseren
Lohn streiken, dann ist die öffentliche Ordnung und
Sicherheit gefährdet. Wenn aber die Heimwehr Ar-
beiter überfällt, Arbeiterheime demoliert, Arbeitern
mit Spaten und Peitschen den Kopf einschlägt, dann
ist alles in Ordnung. Schattendorf ist ja der beste
Beweis, die Mörder wurden freigesprochen. Der ganze
reaktionäre Regierungsapparat fördert die Heimwehr.
Deshalb verbietet auch die Grazer Polizeidirektion
die Heimwehraufmärsche nicht, sondern sie stellt sogar
die dienstfreie Polizeimannschaft der Heimwehr zur
Verfügung, damit die Fetterschlagler in die Pro-
letarierbezirke marschieren können. Propaganda war
das für die Heimwehr keine, wohl aber ein Auf-
klärungsunterricht, den deren infamste Prolet erkannt,
daß die Heimwehr gegen ihn gerichtet ist, da der
ganze reaktionäre Staatsapparat zur Förderung der
Heimwehrpropaganda eingesetzt wird. Gerichtet, mit
geballten Fäusten betrachet die Arbeiter dieses
Tenden der Reaktion. Es ist Zeit, aktive Kampf-
maßnahmen zu ergreifen, ehe die Schlinge um unsere

Der Korruptionsfördernde Heimwehfaschismus.

Ein Neunzehnjähriger steckt sich einen Fahnenstange auf den Hut, wird da-
durch ein Protektionsklub Hintelens, bekommt die Stelle eines Bahnmeisters
mit 5 Millionen Monatsgehalt, unterschlägt Arbeitergelder und verschwindet.

Die Grazer Nordgesellschaft brachte am 14.
Februar ganz klein und versteckt folgenden Bericht:
Trojach. (Zum pöblichen Verschwinden) des überaus
jugendlichen Bahnmeisters Willi Wefonit — er zählt erst
21 Jahre — wird noch bekannt, daß außer der Bahnverwaltung
noch eine große Zahl von Personen durch sein betrügerisches
Vorgehen zu Schaden gekommen ist und die Schadensziffer der
Geschädigten noch die der Bahnverwaltung übersteigt. Wefonit
räumte sich wiederholt, seine Stelle einer hohen Persönlichkeit
zu verdanken. Unwillkürlich taucht die Frage auf: Was es nicht
hunderte von Familienvätern, die diesen verantwortungslosen
Posten mit größter Gewissenhaftigkeit versehen hätten? Wästen
diese alle einem noch unerfahrenen Jungen weichen? Wefonit
war zur Zeit seiner Anstellung erst neunzehn Jahre alt.

Das „Tagblatt“ versteht das Heucheln und das
Vertuschen. Dieser Willi Wefonit, von dem es an-
denket, daß er seine Stellung einer hohen Persönlich-
keit zu verdanken hat, war Heimwehfaschist, deshalb
bekam er mit neunzehn Jahren durch die Protektion
Hintelens in Oberfleiermarkt die Stelle eines Bahn-
meisters mit 5 Millionen monatlich, sowie andere
Heimwehfaschisten trotz Pensionen bis zu 800 S

monatlich, außerdem noch mit hohen, ebenfalls in
die Millionen gehenden Gehältern angestellt werden.
Weil Willi Wefonit Heimwehfaschist war, bekam er,
der „unerfahrene Junge“, den Posten und nicht
Familienvater. Er brauchte aber auch nichts leisten.
Weiß das „Tagblatt“ nicht, das Willi Wefonit
mehr in Graz war als in Oberfleiermarkt? Er war
Mitglied des Motorsportklubs „Schönbau“, der ein
Zutreiberverein der Heimwehr ist, und da brauchte
man den „Willi“. Jetzt ist er mit Lohngebern der
Arbeiter im Betrag von 30 Millionen durchgebrannt.
Außerdem hat er eine große Anzahl von Personen
um viele Millionen betrogen. Aus „bestimmten
Gründen“ kommen die Namen der Betrogenen nicht
in die Öffentlichkeit.

Wir sind überzeugt, die Polizei bekommt den
Auftrag, ihn nicht zu finden. Weil der junge „Willi“
unangenehm ausplaudern könnte. Der F. u. L. zeigt, daß
der Dreck dort am höchsten liegt, wo über den Mist
vor anderen Türen am lautesten geschrien wird.

Sals zugezogen wird. Der Ausbau von Abwehrformationen ist unter anderen notwendig. Wenn an euch der Appell zur Bildung solcher Formationen ergehen wird, dann tretet bei.

350.000 Arbeitslose.

Amlich wird berichtet, daß Ende Jänner 245.232 Arbeitslose in Bezug der Unterstützung standen. Dazu müssen 40.000 gezählt werden, die keine Unterstützung haben und die Altersrentner.

Das städtische Jugendfürsorgeamt verschickt Kinder und laßt eine Mutter bereits 7 Monate nicht wissen, wo die Kinder sind.

Durch die Entscheidung des Verwaltungsgeschichtsbüros wurden im Juni vorigen Jahres alle Familien, die in den Notwohnungen der Grazer Haushalte untergebracht waren, delaziert. Darunter auch die Familie Schwaner mit 6 kleinen Kindern. Die Wohnungsnote in Graz ist wie überall, riesen groß. Laufende warten auf Wohnungen. Die Gemeinde, anstatt die eingeschobene Hebesubsteuer zum Wohnbau zu verwenden, zahlt damit die Schulden. So war es vornehmlich, daß viele lange obdachlos bleiben werden. Doch die Familie mit sechs Kindern hätte, wenn nicht die Protektionwirtschaft befände, in erster Linie eine Wohnung bekommen müssen.

Die Frau rannte sich die Nase wund, sie bekam keine Wohnung. Das städtische Jugendamt nahm

Verbreitet den „Mahnruf“! Festschiffenüberfall auf den griechischen Gewerkschaftskongress.

Während der Athener Kongressstagung der unteren Gewerkschaften Griechenlands, drangen im Einverständnis mit der Polizei 100 Festschiffe ein und überfielen die Delegierten. 25 Delegierte wurden verwundet, 3 lebensgefährlich.

damals, es war im Juni vorigen Jahres, zwei Kinder, Zwillinge, im Alter von 2 Jahren in Pflege. Wohin die Kinder kamen, das erfuhr die Mutter damals nicht und sie konnte es bis heute nicht erfahren, trotzdem sie mindestens jede Woche darnach fragt. Das sind ja nette Zustände im städtischen Jugendamt. Die Gemeinde Graz gibt nämlich die Kinder der armen Proleten irgendwo zu einem Bauern und wir haben schon Fälle zur Kenntnis bekommen, wo solche Kinder vollkommen vernachlässigt wurden. Sollte der Koffplatz der beiden Zwillinge vielleicht auch demnach sein, dann können wir es verstehen, warum das städtische Jugendamt den Aufenthalt geheim hält. Wir fordern die Bekanntgabe des Aufenthalts der Kinder Gertrud und Robert Schwaner.

Fortsetzung von der 1. Seite.

Da raffen sich arbeitslose Frauen unter Führung der Genossinnen Langre und Frauwallner auf, gingen am 12. Februar zum Bürgermeister und fragten, warum die Gemeinde keine Kohlenausgabe durchführt, wo doch — wie im „Mahnruf“ berichtet wurde — die Landesregierung schon ausgesetzt hat, einen Zuschuß zu geben. Bürgermeister Muchitsch erklärte, der „Mahnruf“ liegt, die Landesregierung habe nichts beschlossen.

Die Genossen Wagner, Pfneißl, Friedl und Leut, die von der Antwort des Bürgermeisters Kenntnis erhielten, gingen sofort zu ihm und wiederholten dort, was die Landesregierung auf die Forderungen antwortete. „Ich habe bei der Landesregierung angefragt und dort ist von einer Unterstützung einer Brennstoffausgabe nichts bekannt,“ erwiderte Muchitsch. Die Genossen suchten auf diese Forderung hin auf, um Klarheit zu bekommen. Nebenbei gelang es, in das Regierungsprotokoll vom 1. Februar Einsicht zu bekommen und dort stand: Die Landesregierung ist bereit, eine Kohlenausgabe mit 5000 Schilling zu unterstützen.

Nach verständlichem Worten kam es zu einer Aussprache mit Mintelen selbst, wo dieser dann erklärte, er wolle nicht, daß es den Eindruck erweckt, das Land ergreife die Initiative zu einer weiteren Kohlenausgabe. (Diese Bestätigung braucht Mintelen nicht zu haben, die Arbeitslosen wissen ganz gut, daß Land und Gemeinden für die Arbeitslosen nichts übrig haben wollen.) Die Aussprache mit Mintelen schloß mit der nochmaligen Erklärung, daß die Landesregierung einen Zuschuß gibt, wenn die Gemeinde eine Kommission einleitet, und Muchitsch erklärte uns, wenn es wahr ist, daß das Land einen Zuschuß gibt, dann wird auch die Gemeinde die Mittel zur Verfügung stellen.

Zwei Tage hat es aber gedauert, bis es zur weiteren Kohlenausgabe kam. Die Regierungsstellen haben wohl den Eindruck gewonnen, daß die Arbeitslosen die Klärung ihrer Not und ihr Einverständnis mit der Regierung von den Behörden erwarten. Die Regierung hat sich von den Behörden abgezogen und die Klärung wurde geöffnet. Die zweite Kohlenausgabe wird durchgeführt.

Muchitsch will das Ansehen seiner Partei für die Wahlen retten.

Um nicht zugucken zu müssen, daß die zweite Kohlenausgabe von uns bei der Landesregierung schon am 31. Jänner ausgesetzt wurde, schrieb Muchitsch an die Frauendelegation, die bei ihm war, folgenden Brief:

Graz, am 12. Februar 1929.
Gehöhrte Frau!

Unter Bezugnahme auf Ihre heutige Vorsprache, bei der Sie das Ersuchen gestellt haben, es möge eine neuerliche Kohlenausgabe für die Arbeitslosen durchgeführt werden und u. a. behauptet haben, Herr Landesoberhaupt Mintelen habe einer Abordnung der Arbeitslosen die Zusage gemacht, daß das Land sich finanziell an einer neuerlichen Kohlenausgabe für die Arbeitslosen beteiligen wird, teile ich Ihnen mit, daß die heute durch mich veranlassete Anfrage bei der Landesregierung bzw. beim Herrn Landesoberhaupt Mintelen ergeben hat, daß eine solche Zusage nicht gemacht wurde.

Nachdem Sie auch behauptet haben, daß von dieser Zusage im kommunistischen Organ „Der Mahnruf“ berichtet worden ist, bitte ich, mir dieses Blatt zu überbringen, damit ich mich davon überzeugen kann, ob eine solche Mitteilung durch den „Mahn-ruf“ an die Arbeitslosen ergangen ist.

Ich habe Auftrag gegeben, daß Ihr Ersuchen um eine neuerliche Kohlenausgabe in der nächsten Betrachtung behandelt wird.

Hochachtungsvoll
Muchitsch m. p., Bürgermeister.

Man vergleiche dieses Schreiben mit dem, was Mintelen der Deputation sagte. Muchitsch rufen wir, in das Landesregierungsprotokoll vom 1. d. Einsicht zu nehmen, dort wird erfinden, daß sich die Landesregierung mit unseren Forderungen, die wir am 31. Jänner stellten am 1. Februar befaßt hat und schwarz auf weiß steht dort, daß das Land zu einer Kohlenausgabe 5000 Schilling (das ist so lächerlich wenig) beisteuert. Im Anbetracht der Wahlen ist es dem Bürgermeister Muchitsch und seinen Freunden unpassend, daß unsere Genossen die erste Kohlenausgabe ins Rollen gebracht haben, während Muchitsch noch keine Zeit hatte, die Forderungen der Arbeitslosen sich anzuhören.

Kontrollausweisleistungen für Kranke Arbeitslose.

Als nächstes wird dem Arbeitslosen die Unterstützung eingestellt, wenn er krank wird und nicht stempeln gehen kann. Die Notstandsbeihilfenempfänger sind darauf dem Verzweifeln ausgeliefert, da sie ja keinen Anspruch auf ein Krankengeld mehr haben. Viele Arbeitslose, die jetzt an Grippe erkrankten, schleppen sich mit 38 und 39 Grad Fieber zur Kontrollmeldung, um die Unterstützung nicht zu verlieren. Die Genossin Wagner, Pfneißl und Leut waren am 13. d. M. vormittags bei der Industriellen Bezirkskommission und forderten, daß erkrankten Arbeitslosen die Unterstützung nicht eingestellt wird. Dr. Kroll erwiderte, er könne nur verfügen, den erkrankten Notstandsbeihilfenempfängern 8 Tage die Unterstützung weiter auszuzahlen, wenn sie durch ein Zeugnis, ausgestellt von einem Arzt, Hausbesitzer oder Wohnpartei, die Erkrankung nachweisen. Damit können sich die Arbeitslosen nicht begnügen. Unser Standpunkt ist, die Krankenversicherung muß für Arbeitslose und deren Familienangehörige auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

Kohlenausgabe an die Arbeitslosen im Bozberger Revier auf Initiative unserer Genossen.

Wir berichteten bereits im „Mahnruf“, daß unsere Genossen in Bozberg eine Arbeitslosenversammlung abhielten, von der eine Deputation zur Bezirkshauptmannschaft entsandt wurde, die unter anderem eine sofortige unentgeltliche Kohlenausgabe im Ausmaß von 300 kg forderte. Die Bezirkshauptmannschaft hat dieser Lage das Arbeitslosenskomitee verständigt, daß die geforderte Kohlenausgabe zur Ausgabe gelangt. Die Genossen forderten zur technischen Durchführung der Ausgabe das Rinderheim an. Der sozialdemokratische Funktionär hat es verweigert.

Die Kältekatastrophe, unter der nur die Armen leiden.

Die Grazer Arbeitslosen stellten in der Versammlung am 15. Februar die Forderungen:

Die Gemeinde und das Land müssen bei anhaltender Kälte in drei Wochen eine neuerliche Kohlenausgabe durchführen.

Den Arbeitslosen mit Kindern soll die Gemeinde in allen bedürftigen Fällen, wo Kinder nichts mehr zum Anziehen haben, mit Kleider und Schuhwerk ausbilden.

Arbeitslosen, die Winterkleider verlegt haben, sollen diese unentgeltlich herausgegeben werden.

Die obdachlosen Asyl sollen über den Wintertagsüber geöffnet bleiben.

Eine Deputation wurde gewählt, um von diesen Forderungen die Gemeinde und das Land in Kenntnis zu setzen.

Kirchengüter werden in Mexiko angegriffen.

Der Präsident von Mexiko hat die Befehle gegeben, gewisse der Kirche lehrende Grundstücke unter den Bauern zu verteilen. Das wäre in Österreich zur Veränderung des Kleinbauernlebens besonders am Platz.

Textilarbeiterausperrung in Deutschland.

30.000 Arbeiter der Lausitzer Tuchfabrik wurden ausgesperrt. Sie hatten ein zu geringes Lohnniveau, was dem Unternehmer abgelehnt. Insgesamt streiken 120.000 Textilarbeiter in Deutschland im Kampf.

Über Propheten, Hauswörter und die Firma Adler u. Dan.

Von allen Klassenkämpfen der modernen Zeit hat keiner der Geschichte mit so unerhörter Wucht den Stempel aufgedrückt, wie die große russische Arbeiter- und Bauernrevolution im roten Oktober des Jahres 1917. Ihr glühender Atem setzte nicht nur jahrtausendalte politische und soziale Bindungen im eigenen Lande hinweg, sie erweckte nicht nur zahllose unterdrückte, geschichtslose Völker zu nationalem Bewußtsein, sie entfaltete nicht nur allein die nationale Revolution im Osten, ihre lebigen Wellen im Westen zerkrümmten die großen Sklavenstaaten Mitteleuropas, das wilhelminische, imperialistische Deutschland und den Völkerkerker Osterreich-Ungarn.

Aber die russische Revolution blieb isoliert. Sie vermochte die Paläste der Herren zu stürzen, aber es gelang ihr nicht, die Raster der Sklaven zu vernichten, jener Sklaven, die mit stürmischer Begeisterung das Proletariat Europas in den Krieg gehetzt hatten und die nun — Sklaven jeder Zoll — das Proletariat zum Aufbau der neuen Paläste der alten Herren zwangen: es gelang nicht, die internationale, blutbefleckte Sozialdemokratie zu überwinden.

Die russische Revolution blieb isoliert, die erste revolutionäre Welle in Europa verebte. Ungeheure Schwierigkeiten türmten sich vor der russischen Arbeiterklasse im rückständigen Westreich der 140 Millionen Bauern auf. Immer stärker wuchs der Druck des erstarkenden Kapitalismus und seiner Sklaven, der 2. Internationale, auf den roten Felsen im weißen Ozean. Diese Schwierigkeiten und jener Druck bilden die objektive Basis der Krise der russischen Revolution, der Entartung eines Teiles der Revolutionspartei, des Stalinischen Flügels der Kommunistischen Partei Rußlands.

Friedrich Adler unternimmt es, da Lenin nicht mehr lebt, der revolutionären Arbeiterklasse zu sagen: „Was täte ein Lenin heute zur Rettung der russischen Revolution?“ (Siehe „Der Kampf“, Februar-Nummer.) Der Prophet vom Züricher See fühlt sich berufen, nicht nur Lenin die Jenjur zu erteilen, sondern auch als „Erbe Lenins“ zu verstanden, was der Meister täte, wenn er 1929 leben würde. Der Lenin von heute würde sich entschließen, einen Schlachtfrieden zu machen unter das Jahrzehnt der permanenten Prophezeiung der Weltrevolution. . . Und da der Züricher Prophet genau weiß, daß die Voraussetzung für die Behauptung Sowjetrußlands der „Abbruch eines ehrlichen Versöhnungsfriedens mit der internationalen Sozialdemokratie“ ist, so gelangt er zu dem Schluss: „Ein Lenin hätte den Mut, sich zu diesen Voraussetzungen der Rettung der russischen Revolution zu bekennen.“

Da kann man nur sagen: Es sind viele schöne Märchen an den Ufern des Züricher Sees gesponnen worden, auch viele Ränke. Aber eine solche Spottgeburt von Annäherung und kleinstädtischer Beschränktheit, wie die neueste Prophezeiung Friedrich Adlers, dieses händelstiefsten aller Sozialisten, dieser „Kavaliere meiner guten Eigenschaften“, wie ihn einst Viktor Adler genannt haben soll, hat kaum jemals das Licht der Welt erblickt. Es ist selbst verständlich, daß Prophet Adler über den wirklich in Wollfiederer Leninischer Strasse, über Trotsky, nur einige gistersällige Phrasen zu sagen hat, die in dem Satz gipfeln: „Der Lenin von 1917 hatte das Recht zum Irrtum — die jetzt erneute Wiederholung des Irrtums, kurz seine Vermanerungsklära, das ist der Inhalt der Politik Trotsky.“ Selbstverständlich! Wenn Lenin seine „Oktober Irrtümer“ zu bereuen, zu Adler kommen und sagen würde: „Geh, verzeh' mir, was ich tat.“ da n in Trotsky ein „biologischer Kbanlast“, da er heute noch auf dem Boden des Denismus steht.

Die Heimwehfaschisten wollen am 30. Juni in Graz provozieren.

Die Unternehmerwehe plant am 30. Juni einen Aufmarsch in Graz. Von ganz Steiermark, Kärnten und Niederösterreich sollen die Heimwehfaschisten für diesen Tag in Graz zusammengezogen werden.

Sozialdemokratische Arbeiter! Schutzbundgenossen!

Fordert von euren Führern für denselben Tag, die Abhaltung einer großen Gegenkundgebung in Graz. Strukt drei Forderung in allen Schutzbundversammlungen, in allen Betrieben auf. Ihr müßt einen übermächtigen Druck von unten auf eure Führer ausüben, wenn ihr nicht wollt, daß der Heimwehfaschismus am 30. Juni in Graz triumphiert.

Proletarier,

die ihr nicht beim Schutzbund seid, tretet den in Gründung begriffenem Arbeiter selbstschutz, der Abwehrfront gegen den Faschismus, bei.

Lohnt es sich aber, gegen diese jammervollen Spekulationen Adlers viel Worte zu verschwenden? Auf den Pfosten, durch die die Menschheit in das Reich der Freiheit scheitern wird, werden mit flammenden Leitern noch Taten und Namen der Männer zu lesen sein, die nicht nur an die Weltrevolution glaubten, sondern sie auch organisierten; sie werden zu einer Zeit noch zu lesen sein, wo selbst die Epigonen der Psychoanalyse aufgehört haben werden, zu ergründen, wo der „psychologische „Kno“ zu finden ist, der aus dem Revolutionär Fritz Adler den Propheten der bürgerlichen Demokratie, den Spießer vom Züricher See gemacht hat.

Klassenkämpfe in Indien.

Seit vielen Tagen toben in Bombay blutige Kämpfe, angeblich „Religionskämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern“. In Wirklichkeit spielt das religiöse Element bei diesen Kämpfen eine ganz andere Rolle, als die englische Presse vordrückt.

Seit Monaten sind viele Zehntausende indische Arbeiter (Hindus) der Dindustrie und der großen Textilbetriebe im Streik. Sie führen einen erbitterten Kampf gegen die unersetzlichen Mißstände in den Betrieben gegen die Kasernierung der Frauen, für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne. Um diesen Streik zu brechen, haben die Unternehmer und die Regierung zahlreiche mohammedanische Pathans als Fabrikpolizei und Streikbrecher angeworben, um dem Druck der Arbeiter eine religiöse Spitze zu geben, aus dem Kampf zwischen streikenden Hindu-Arbeitern und mohammedanischen Streikbrechern einen allgemeinen Religionskampf zu entfehlen. Diese Absicht ist den Unternehmern und der englischen Regierung nur zum Teil gelungen, denn das gewaltige Anschwellen der Kämpfe zwingen sie nun, die Staatsgewalt gegen die Hinduarbeiter mobil zu machen, so daß der Klassencharakter der Kämpfe wieder mit ganzer Schärfe hervortritt.

Nicht geantwortet!

Auf den offenen Brief an die Landesregulativ Steiermarks (deren Vertöpfung Wagner ist) ist keine Antwort erfolgt. Die sozialdem. Führer haben also an der Aufrechterhaltung des Verbotes Anteil genommen.

Mintelen kontra Moz und Moriz.

„Moz und Moriz“ ist von der Landesregierung als „sittengefährliches Buch für die Jugend verboten worden. Wie wir hören, haben „Moz und Moriz“ mit ihrem geistigen Vater, Wilhelm Buch, in der Hölle eine Konferenz abgehalten und beschlossen, die steirische Landesregierung wegen unlauteren Wettbewerbs zu klagen. Moz und Moriz wiesen dabei mit Recht darauf hin, daß ihre Streiche die Leiter nur zu Tränen rührten, während die Streiche Mintelens ein epidemisches Sittenfischen, infolge chronischer Zwerchfellhütterung bei der Jugend (bis zum 18. Lebensjahr) hervorgerufen haben. Wir wie weiters erfahren, hat eine Stelle in dem bekannten Buch den

Unwillen der hohen Landesregierung besonders erregt. Dort heißt es „daß dies alles auch geschah, war Herr Lehrer Sempel da“. Mintelen wünscht, daß es heiße: „War Herr Lehrer Seipel da“.

„Moz und Moriz“, auf diese Weise zu Volschweilen gestempelt, haben uns ersucht, ihr Andenken hochzuhalten und sie zu verteidigen. Wir übernehmen gerne diese Pflicht und werden fallweise „Moz und Moriz“ im „Mahnruf“ zu Wort kommen lassen.

Moz: Was sagst Du zu Mintelen?
Moriz: Schmeck!

Betriebsstilllegung in Steyr.

Die Steyrer Automobilfabrik hat ihren Betrieb infolge der außerordentlichen Kälte gesperrt. 5500 Arbeiter sind ohne Verdienst. Es liegt der Verdacht vor, daß die Betriebsstilllegung ausgenützt wird, um tariflose Arbeiter nicht mehr einzustellen.

Milch teurer!

Der „Arbeiterwille“ berichtet kommentarlos wie die bürgerliche Presse, daß die Milch wieder 50 g kostet. Wir glauben, mit dieser Erhöhung machen sich die großen Milchlieferanten wieder einen fetten Rebbach auf Kosten der Arbeiter.

Papsttum und Faschismus.

Es ist dem Faschismus gelungen, den Frieden zwischen dem Königreich Italien und dem Vatikan wieder herzustellen. Seit das national-reinigte, bürgerlich-demokratische Italien 1870 das päpstliche Rom an sich riß, dauerte der Konflikt zwischen dem Papst und dem König.

Es ist kein Zufall, daß es gerade dem Faschismus gelang, den Frieden mit dem streitbaren Mikropolitismus zu schließen. Es hat eine Zeit gegeben, da hofften die Päpste, sie könnten die Arbeiterbewegung durch Brosamen in das Bett der Kirche leiten, da erließ Papst Leo XIII. die Enzyklika Rerum novarum (1892), die gewisse sozialpolitische Notwendigkeiten anerkannte. Da war die Zeit eines aufblühenden Kapitalismus, die Zeit des beginnenden Reformismus und Revisionismus in der 2. Internationale. Mußte die Kirche damals nicht mit Recht hoffen, die Arbeiterbewegung durch billige Reformen zu demoralisieren, da der Kapitalismus mächtig genug war, Reformen zuzugestehen, da ein Teil der sozialistischen Führer selbst den Glauben an die „Ewigkeitdauer“ des Kapitalismus zu predigen begannen? Inzwischen haben sich die Verhältnisse von Grund aus geändert. Der Krieg offenbarte die Krise des Kapitalismus, er entfehlte die erste Stufe der Weltrevolution. Entsetzt verbarrikadiert sich die einst freisinnig-demokratische Bourgeoisie hinter der eigenen Gewalt. Der Kapitalismus hat nicht mehr die Kraft in Europa die Arbeiterklasse durch billige Reformen zu korrumpieren (siehe Kraut) in Amerika übergegangen) und das Proletariat hat die Zweifelhaftigkeit der Reformen, die nach 1918 durchgeführt wurden, in den Jahren der Nation Histerung

